

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer: 25.241
Zur für Nachgelassene: 20 011.

Lebeck's - Oeuring-
Kakao, Schokolade,
Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma geg. 1838. • 16 mal prämiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markstraße 38/40.
Verlag von Henschel & Klotzsch in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr vom 8. bis 14. September Einzelnummer A 300 000.- | Anzeigen-Preise. Die 1. Spalte 30 mm breite Zeile A 400 000.-, außerhalb Sachlens A 500 000.-, Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt A 125 000.-, außerhalb A 150 000.-, Vorzugspätze laut Tarif. Auswärtige Beiträge gegen Vorauszahlung. Nachdruck nur mit druckerei: Nachrichten Dresden. Verlagsnummer: 25.241. Verlagsnummer: 25.241. Verlagsnummer: 25.241.

Dr. Stresemanns Antwort an Poincaré.

Der Kanzler bietet einen Teil des Privatbesitzes als realisierbares Pfand an. — Wiederverfügung Deutschlands über das Ruhrgebiet und Wiederherstellung der Souveränität im Rheinland als Bedingungen. — Ein Privatissimum an Poincaré über Deutschlands Verhalten nach 1870. — Neues bemerkenswertes Anleiheprojekt amerikanischer Bankiers.

Frankreich hat das Wort.

Man kann der Rede, die der Reichskanzler gestern vor Vertretern der deutschen Presse gehalten hat und die, wie kaum eine andere seiner bisherigen Reden, im Innern und Ausland mit ungeheurer Spannung erwartet wurde, mit verschiedenartigen Gefühlen und Erwägungen, von wechselnden Standpunkten und mit ernster Kritik entgegenzutreten, in ihrem Kern wird man sie, gleichviel, wie man sich zu ihr einstellt, billigen müssen. Sie ist eine Tat, die für den deutschen Politiker in schwerster Zeit würdige, eine Tat nationaler Überzeugungsstärke, eine Tat objektiver Besonnenheit, eine Tat des auf menschlichstem Vertrauen in die deutsche Kraft gegründeten Willens, das wirtschaftlich und politisch zusammengebrochene Land am Rande des Unterganges mit letzten Mitteln zu erretten. Gerade das starke Anklingelassen nationaler Gefühle ist es, das Stresemanns Rede besonders in vaterländisch denkenden Kreisen Sympathien erwarben wird, und das gewisse Eindringen, die seine außenpolitische Umstellung und einzelne Stellen seiner früheren Reden zu erweisen geeignet waren, verwischen dürfte. In diesem Rahmen sind die Erinnerungen an Deutschlands große Zeit nach dem Siege von 1870/71, die Poincaré weckte und die ihm nun hauptsächlich zu denken geben werden, von hervorragender Bedeutung. Sie zeigen, daß der Kanzler die ehrenvolle Tradition Deutschlands selbst in einem Moment, in dem dieses Deutschland getrocknet und zertrümmert am Boden liegt, dem Ausland gegenüber nicht unter den Scheffel zu stellen gedenkt. Und in demselben Sinne wird die Berufung Stresemanns auf die bekannte Rede des ehemaligen bayrischen Kronprinzen breiten Widerhall finden. An der Unbedingtheit nationaler Einstellung des Kanzlers, an der Reinheit seines vaterländischen Willens wird also nach diesen Ausführungen schlechterdings auch nicht der leiseste Zweifel mehr möglich sein. Freilich — und das ist gut so — paßt sich bei ihm mit diesen warmen Befähigungen für sein Land der Drang zu schonungsloser Wahrhaftigkeit, die alle Schleier zerrissen sehen will, hinter denen sich noch so etwas wie unwirklicher Optimismus und illusionäre Selbstüberschätzung verbergen könnten. Offenheit ist besser als Fäulnis! ruft der Kanzler. Offenheit über Deutschlands Wirtschaftslage und vor allem über die sehr schmerzhaft vorwiegend bestimmenden außenpolitischen Verhältnisse. Es kann sich für und heute nicht mehr darum handeln, auch nur eine einzige außenpolitische Frage nachpolitisch regeln zu wollen. Wir sind darauf angewiesen, unter bewusster Aufrechterhaltung unserer nationalen Würde diplomatisch die Fragen regeln zu müssen, die unsere Existenz bedrohen. Unter klarer Einsichtung dieser Tatsache ruft Dr. Stresemann das Programm seiner Ruhe- und Reparationspolitik auf. Es ist nicht die skrupellose Verschleuderung letzten deutschen Besitztums, wie es vielleicht oberflächlichen Mitleid erscheinen möchte, was er darin anbietet, es ist der wohlüberlegte Vorschlag eines kühlen Rechners, der das Fazit seiner Rechnung nicht aus dem Auge läßt. Klein und Ruhr, diese beiden Urquellen deutscher Kraft, müssen frei werden, wenn wir voll-

ständig am Leben bleiben wollen; dafür soll ein gewisser Teil des deutschen Privatbesitzes mit einer Hypothek zugunsten des Reiches belastet werden, die die Aufnahme von Anleihen zu Reparationszwecken ermöglicht. Die Höhe der hypothetischen Belastung soll nach nicht fest; sie wird sich nach den Möglichkeiten der Wirtschaft zu richten haben, die auf den verschiedenen Wirtschaftszweigen sehr unterschiedlich sind. Es wird darüber noch manches Wort zu sprechen und noch manche Unterredung anzustellen sein. Doch aber der Kanzler heute versichern kann, daß dem Kabinett von privatrechtlicher Seite Angebote gemacht worden sind, die ihm die Ausführung seiner Gedanken als gesichert erscheinen lassen, das ist ein Zeichen dafür, daß seine Pläne nichts Utopisches oder Abenteuerliches an sich tragen, und daß man sich in führenden Wirtschaftskreisen mehr und mehr dem ursprünglich deutschnationalen Gedanken von einer großen betriebliehen Opferleistung für das Vaterland anpaßt. Ein derartig weitgehendes Angebot, wie es in dieser Präzision noch von keinem deutschen Kabinettsmitglied gemacht worden ist, stellt selbstredend das Beste dar, was wir überhaupt zu bieten haben. Abgesehen davon, daß zu diesem Angebot erst einmal in der innerdeutschen Wirtschaftspolitik die notwendigen Voraussetzungen und Beilegervereinbarungen in Form von intensiven Maßnahmen zur Steigerung der Produktion geschaffen werden müssen, hängt seine reale Be-

deutung natürlich ganz von der Aufnahme ab, die es in Frankreich finden wird. Weist es den Franzosen in der Tat darum, wie Poincaré erst unlängst wieder versicherte, nur Zahlungen zu erlangen, so eröffnet sich hier ganz sicher zum allerletzten Male ein Weg, den sie nur zu beschreiten brauchen, um zu ihrem angeblichen Hauptziele zu kommen. Sie würden dann auf dieses Anerbieten hin unverzüglich zu erklären haben, ob sie bereit sind, das Ruhr-Unternehmen zu liquidieren und im Rheinlande vertragsmäßige Zustände wieder eintreten zu lassen. Jede Verzögerung dieser Erklärung aber würde uns allerdings in dem nach dem bisherigen Verhalten Frankreichs nur allzu berechtigten Verdachte befähigen müssen, daß die Vernunft nur Maske, der politische Wahnsinn dagegen der eigentliche Kern der französischen Absichten ist. Für diesen Fall wäre die Linie der deutschen Politik klar vorgeschrieben: Aushalten mit zusammengebißenen Zähnen und sei es auch bis zum bitteren Ende. Im Augenblick muß diese Möglichkeit, an der Stresemann, nicht zuletzt im Hinblick auf die realpolitischere Einstellung der übrigen Entente-Mächte, vorbeizukommen hofft, in den Vordergrund treten. Wir hoffen noch einmal mit ihm auf die Möglichkeit einer solchen Regelung. Frankreich hat das Wort. Es wird zeigen müssen, ob es sich dessen bewußt ist, daß heute mehr als das Schicksal Frankreichs allein in den Händen seiner führenden Männer liegt, nämlich die Ruhe und Befriedung Europas.

Offenheit ist besser als Illusion.

Die Kanzlerrede vor den Vertretern der deutschen Presse.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 12. Sept. In der Veröffentlichung der Reichskanzlerrede fand heute Abend auf Einladung ihres Leiters, des Ministerialdirektors Kalle, ein Empfang der Presse statt, zu dem der Reichskanzler, der preussische Ministerpräsident Brauns, eine Anzahl Mitglieder des Reichskabinetts, darunter die Reichsminister Zoffmann, Gehler, Luther, v. Raumer, der Minister für die besetzten Gebiete, Fuchs, sowie eine große Anzahl hervorragender Regierungspersonlichkeiten erschienen waren. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Ministerialdirektors Kalle ergriff

der Reichskanzler Dr. Stresemann

das Wort zu folgenden Ausführungen: Was im über den allgemeinen Stand der Dinge zu sagen habe, das habe ich vor Kurzem anlässlich eines Besuchs in Stuttgart zum Ausdruck gebracht. Ich kann bezüglich der allgemeinen Richtlinien nur auf das damals Gesagte verweisen. Meine Herren! Wenn wir gegenwärtig die Lage betrachten, so bietet sie ein Bild äußerster Spannung, auch im Innern. Unsere Finanzen sind in einer schlimmen Verfassung. Die Wirtschaft spürt die Folgen der Abwärtstendenz von der Ruhr und sie spürt die Folgen einer überhöhten Preis- und Lohnpolitik. Die Preise liegen teilweise schon über dem Friedensmarktpreis. Die Löhne liegen vielfach über den Friedenslöhnen.

Ohne Opfer sind diese Fragen nicht zu lösen.

Ein Opfer für das Reich waren die Steuern, die unter der Regierung meines Amtsvorgängers vom Reichstag bei nahezu einstimmiger Bewilligung worden sind. Die Erhebung dieser Steuern fällt in schwierige Zeiten und bringt gewiss manche Unzuträglichkeiten mit sich. Die bayerische Staatsregierung hat an die Reichsregierung den Wunsch gerichtet, daß in eine Prüfung über die Erleichterungen, die auf dem Gebiete zu gewähren seien, eingetreten werde. Diesem Wunsche werden wir willfahren. Die Wirksamkeit der Steuern wird dauernd überwacht. Wo Abhilfen unabweisbar sind, werden eingegriffen werden. Aber wenn das auch geschehen kann, so muß man sich darüber klar sein:

Wir müssen dem Staate geben, was des Staates ist.

Gewiß muß, wenn auf diesem Gebiete hart eingegriffen wird — und bei Regelung der außenpolitischen Fragen wird noch weit stärker in den Besitz und in die Wirtschaft eingegriffen werden müssen —, auch gefordert werden, daß die Arbeitsleistung

gesteigert wird. Das betrifft sowohl die Frage der Arbeitsintensität, wie auch die Frage der Arbeitszeit. Das Kabinett wird sich in den nächsten Tagen mit der Frage beschäftigen, wie eine Erhöhung der bergbaulichen Produktion im nichtbescherten Deutschland zu ermöglichen ist. Es ist nicht zu erwarten, wenn in sieben Schichten des Steinkohlenabbaues im unbescherten Gebiete die Förderung eminent zurückgeht, anstatt der Mehrförderung, die wir brauchen, und wenn wir durch dieses Zurückgehen der Arbeitsintensität gezwungen sind, unser deutsches Geld heranzubringen, um mit fremden Devisen englische Kohle zu kaufen. Es ist jetzt niemand berechtigt, den Staat durch Mindereistung in dieser Weise zu schädigen. Die Opfer, die das Reich vom außenpolitischen Gesichtspunkte aus von der Wirtschaft in der Zukunft verlangen muß, können erst recht nicht ohne eine

wissenschaftliche Produktionssteigerung geleistet werden. Dazu gehört auch, wenn die Wirtschaft in Ordnung kommen soll, eine

vernünftige Preispolitik.

Genie steht alles unter dem Trude einseitiger Preisfestsetzung. Die Aufrechterhaltung der Verbindlichkeit solcher Preisfestsetzung ist schließlich davon abhängig, daß eine normale Preisbewegung erfolgt. Ich glaube, annehmen zu können, daß innerhalb der nächsten beiden Wochen die Frage des wertbeständigen Geldes gelöst sein wird, womit wie in der Lage sind, namentlich der Landwirtschaft gegenüber die freie Bewegung, die Aufnahme, die Förderung der Ernährung sicherzustellen. Man hat der Regierung Vorwürfe gemacht, daß sie diese Frage nicht schneller gelöst hätte. Diese Kritik geht, glaube ich, vorbei an der großen Schwierigkeit des Nahrungsproblems überhaupt.

Das Auf seinem Gebiete sind die Meinungen über die Wirksamkeit irgendeiner Maßnahme so auseinandergehend, wie auf diesem Gebiete, und gerade in den Kreisen der Sachverständigen sind im engeren Kreise der Befragten die Auffassungen darüber, was der richtige Weg ist, am meisten voneinander verschieden. Ich glaube, bei all der dringenden Not der Gegenwart wollen wir doch an dem einen festhalten, daß wir nicht die Nichttätigkeit durch die Wirksamkeit leiden lassen. Wir dürfen nicht die Frage eines wertbeständigen Geldes, von der unendlich viel abhängt, zum Gegenstande eines unüberlegten Experimentes machen.

Die Frage der Errichtung einer Goldnotensatzung, die Errichtung irgendeiner Verbindung auf der Basis der Berechnung landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist für niemand von uns im Kabinett Gegenstand parteipolitischer Einstellung gewesen. Es gibt keine Parteipolitik in diesen Nahrungszweigen. Es sollte überhaupt keine Parteipolitik in Wirtschaftszweigen geben. Diese Fragen, bei denen es sich um unendlich bedeutungsvolle Entscheidungen handelt, können nur rein sachlich gelöst werden, sind von uns auch nur nach rein sachlichen Gesichtspunkten gelöst worden. Wir hoffen, daß durch die Einrichtung von Goldnoten bei der Reichsbank wertbeständige Kredite auch dem Bauern und dem Bedürfnis weiterer Wirtschaftskreise nach Sicherheit ihrer Anlagen Rechnung getragen werden kann. Aber ich möchte das eine dabei betonen: Ganz falsch wäre es, diese Maßnahmen so anzufassen, als wenn die Reichsregierung die Mark nun als solche aufgeben hätte. Die Mark muß Zahlungsmittel bleiben, und die ganzen Maßnahmen, die hier erfolgen, gehen von dem Gesichtspunkte aus, dadurch auch eine Stabilisierung der Mark wiederherzustellen, und sie gehen nicht eben davon aus, den einzelnen zu veranlassen, nun seinerseits die Mark zurückzuziehen und sich nur auf neue Wertmittel einzustellen. Aber auch positive Mittel, wie die Errichtung einer Goldnotenbank, bringen diese Frage nicht zur Lösung. Offenheit ist besser als Illusion, und deshalb wollen wir es offen aussprechen:

Ohne Lösung des außenpolitischen Konfliktes ist die Finanzfrage nicht in Ordnung zu bringen, der Verfall der Mark nicht anzuhalten, eine wirtschaftliche Gesundung nicht herbeizuführen.

Die Regierung hat sich vom ersten Tage ihres Amtsantritts an

die Lösung des Ruhrkonflikts

zur Aufgabe gestellt. Es war klar, daß diese Lösung nicht allein durch die Fortsetzung des positiven Widerstandes erfolgen konnte. Wadtpolitisch war diese Frage nicht zu regeln. Auch der ehemalige Reichskanzler Dr. Cuno hat, wie er wiederholt versicherte, niemals davon gesprochen, daß Verhandlungen über die Reparationsfrage erst nach Räumung des Ruhrgebietes erfolgen sollten. Das Ziel des positiven Widerstandes konnte nur sein, das Ruhrgebiet zu befreien. Die bisherige Fühlungsnahme zeigt zugleich die bestehenden Schwierigkeiten.

Zeichne Wertbeständige Anleihe

des Deutschen Reiches.
Bestimmungspreis 100% bei
Verfallensauszahlung 95%.
Das Reichliche ist 1 Dollar.

Bescheinigungen können bei der Reichsbank und in im Proben angegebenen Banken sowie bei diesen durch Vermittlung sämtlicher Posten, Bankiers, Courantisten und Kreditgenossenschaftlichen bewirkt werden.

ATELIER
RUDOLF
MOSSÉ

Dollar (Amtlich): 96 000 000
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 96 000 000